

# Meinung

## Inflation

### Es wird Zeit für ein Signal

FABIAN HARTMANN

Diese Zahl muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Bei 4,5 Prozent lag die Inflation in Deutschland im Oktober – so hoch wie seit 28 Jahren nicht mehr. Vor allem die Energiepreise sind förmlich explodiert. Das kann im Aufschwung gerade nach den Turbulenzen der Pandemie, natürlich passieren. Für Menschen mit wenig Geld wird die Inflation aber zunehmend zum Problem. Zumal ein Ende des Preisauftriebs noch nicht erreicht sein dürfte.

Es ist kein deutsches Phänomen, dass die Preise steigen. Auch im Euroraum lag die Inflation zuletzt bei 4,1 Prozent. Und damit deutlich über dem Zielwert der EZB von zwei Prozent. Noch immer gilt: Vieles spricht dafür, dass die Inflation nur temporär anzieht. Doch was ist, wenn nicht? Der Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Marcel Fratzscher, warnt bereits vor der berüchtigten Lohn-Preis-Spirale. Dabei handelt es sich um eine Art selbst erfüllende Prophezeiung: Da die Gewerkschaften damit rechnen, dass die Preise steigen, fordern sie höhere Löhne, die zu noch höheren Preisen führen – und erneut höheren Lohnforderungen. In der Folge steigt die Inflation immer weiter.

Es ist ein schmaler Grat, auf dem sich die Zentralbanken weltweit bewegen. Höhere Zinsen können den Aufschwung schnell ausbremsen. Doch irgendwann muss auch die Null-Zins-Politik ein Ende finden. Die Bank of England und die Federal Reserve haben bereits angekündigt, ihre Geldpolitik zu straffen. Die EZB hingegen will den Leitzins bei null Prozent belassen. Ihr sind dabei ein Stück weit die Hände gebunden. Viele Staatshaushalte in Südeuropa sind auf billiges Geld angewiesen. Die EZB müsste daher, schon aus eigenem Interesse, alles daran setzen, die Inflationserwartungen zu dämpfen. Es wird Zeit für ein Signal an die Märkte.

## Koalitionsverhandlungen

### Was wird aus Bullerbü?

ELMAR SCHÜTZE

Die Berliner rot-grün-grünen Koalitionäre in spe sind in ihrer ersten Verhandlungsgruppe vorangekommen. Das Führungstrio aus Franziska Giffey, Bettina Jarasch und Klaus Lederer arbeitet an den Grundsätzen. Und dazu gehört bei jedem Koalitionsvertrag eine Präambel, eine Einführung quasi, das Stammbuch. Doch bei den Aussagen zu dieser Präambel wurde wieder einmal deutlich, wie nah und fern zugleich sich die künftigen Koalitionspartner doch sind. Und das wirft Fragen auf.

Einig ist man sich darin, dass eine funktionierende, bürgerfreundliche Verwaltung das A und O ist. Daran wolle man sich messen lassen, man sei dafür vollumfänglich verantwortlich. Das sagt allen voran Franziska Giffey, als ehemalige Bezirksbürgermeisterin die einzige aus dem Trio, die von den Tücken der organisierten Verantwortungslosigkeit zwischen Land und Bezirken aus eigenem Erleben weiß.

Doch Vorsicht: Was wie eine Selbstverständlichkeit klingt, kann zum Boomerang werden. Wer dieses Thema unterschätzt, hat schon verloren. Wäre der alte Müller-Senat nicht längst abgewählt, durch seine eigene Unzuständigkeitserklärung nach der Pannenwahl („Wir sind nur Zuschauer“) hätte er sich endgültig selbst unmöglich gemacht.

Es ist gut, dass jemand bei diesem Thema vorangeht. Gleichzeitig wissen alle, wie sehr sich die designierte Regierende Bürgermeisterin in der Rolle der Anpackerin gefällt, die zwar optimistisch ist, aber auch betont nüchtern. Und das birgt Gefahren innerhalb des Bündnisses. Wenn also Franziska Giffey sagt, „wir brauchen nicht immer wieder neue Blütenräume“, dann werden sich in erster Linie die Grünen angesprochen fühlen. Was wird dann aus Bullerbü?

## Zitat

„Das Zusammenwachsen Europas stellt sich als langwieriger und schwieriger heraus, als das lange erwartet wurde, auch von mir.“

Angela Merkel, Kanzlerin, im Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung



BERLINER ZEITUNG/HEIKO SAKURAI

## Auslese

### Biden kommt nicht vom Fleck

Die Neue Zürcher Zeitung am Sonntag kommentiert den Streit bei den amerikanischen Demokraten über die großen Vorhaben von US-Präsident Joe Biden: „Sein Infrastrukturplan, sein Wirtschafts- und Sozialprogramm und sein Maßnahmenpaket für den Schutz des Klimas kommen seit Wochen nicht vom Fleck, weil sich linke und rechte Demokraten nicht einigen können. Selbstverständlich kann man darüber streiten, wie viel Geld der Staat in Zeiten einer katastrophalen Pandemie in die Hand nehmen und was er damit tun soll. Doch die andauernde Uneinigkeit darüber nimmt allmählich Züge der Selbstzerfleischung an. Sie schwächt den Präsidenten zum einen auf dem diplomatischen Parkett. Am Treffen der G20 in Rom und am UN-Klimagipfel in Glasgow kann er ja schlecht für einen beherzten Klimaschutz werben, wenn er selbst nicht mit gutem Beispiel vorangeht. Zum anderen und vor allem schadet der Zwist Biden zu Hause. Will ihn die eigene Partei wirklich noch vor den Zwischenwahlen zur lahmen Ente machen? Das kann nur die Republikaner freuen und insbesondere den abgewählten Donald Trump, der mit einer Rückkehr ins Weiße Haus liebäugelt.“

Die Washington Post schreibt über Bidens Investitionsplan: „Es ist nicht so umfangreich oder ehrgeizig, wie es die meisten demokratischen Kongressabgeordneten wollten. Wichtige politische Maßnahmen, insbesondere in Bezug auf das Klima, wurden stark gestutzt. Es ist nun an der Zeit, dass die Demokraten auf dem Capitol Hill ihre Differenzen beiseite legen und dieses Paket über die legislative Ziellinie bringen. Dies ist eine zwingende Notwendigkeit, auf der – wie Biden sagte – seine Präsidentschaft und ihre Mehrheit nun ruhen.“ (fs.)

## Klimakonferenz

### Am Ende hilft nur Druck



JULIA HAAK

Darüber hinaus muss man skeptisch sein, ob es in nächster Zeit besser wird. Im Sondierungspapier von SPD, Grünen und FDP wurden erst mal nur viele gute Absichten festgehalten. Das meiste bezieht sich außerdem auf Regelungen, die es schon gibt.

Man kann aber auch ganz im Kleinen bei sich selber gucken und sieht, da ist noch Luft nach oben. Es wird vielleicht weniger Fleisch gegessen, weniger Kleidung gekauft und öfter mal das Fahrrad genommen. Da ist vielleicht auch eine Solaranlage auf dem Dach. Aber dann macht Corona im Sommer eine kurze Pause und schnell wird ein Flug nach Kreta gebucht – zur Erholung. Vor der Tür stehen derweil gleich zwei Verbrenner. Alles typisch Mittelschicht. Die Ökobilanz? Hm, nicht zu gut.

Leider liegen zwischen guten Absichten und echten Fortschritten immer noch Wel-

ten – bei den Staaten wie auch bei den Menschen selber. Dazu kommen die Naturkatastrophen dieses Sommers – das Ahrtal unter Wasser, Südeuropa im Feuersturm. Das führt zu Fatalismus und dem Gefühl von Sinnlosigkeit.

Beim Klimagipfel ist die Gefahr groß, dass auch diesmal wieder alles zerredet wird und doch gibt es auch Anlass für Optimismus. Noch nie war die Bereitschaft, etwas zu ändern, so groß wie heute. Und jetzt gibt es auch den notwendigen Handlungsdruck.

Er wird nicht mehr allein von Kindern formuliert, die mit Fridays for Future auf die Straßen gehen. Unzählige andere Gruppen aller Altersstufen und aus den verschiedensten Bereichen der Gesellschaft sind dazugekommen. Aktuell wird Großbritannien als Veranstaltungsort der Klimakonferenz gerade von einer Welle von Straßenblockaden heimgesucht. Die Aktivisten sind im mittleren und Seniorenanalter.

Die Industrie signalisiert mittlerweile ununterbrochen ihre Bereitschaft, Produktionsprozesse klimaneutral umzustellen. Sie fordert von der Politik nun Rahmenbedingungen. Auch das erhöht den Handlungsdruck.

Der größte Push wird sich jetzt aber in einer ganz anderen Ecke entwickeln. Weltweit kommen auf Gerichte zurzeit Klimaklagen zu. Es ist eine neue Form von Klimabewegung entstanden, die ihren Weg über die Gerichte nimmt. Seit dem spektakulären Klima-Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus diesem Frühjahr weiß man, dass diese erfolgreich sein können und Regierungen zu Vereinbarungen zwingen, die vorher unmöglich schienen. In Zukunft könnten Staatenlecker auch auf Schadensersatz und Wiedergutmachung verklagt werden. Juristen diskutieren all dies bereits.

Letztlich hilft nur Druck bei diesem Thema. Aber ist das schlimm? Am Ende zählt beim Klima nur eins: der Erfolg.

## Kolumnen

### Warum ich eine schlechte Migrantin bin

MIRAY CALISKAN

dersdenkende umbringen wollen und alleamt potenzielle Mörder seien (und noch so einiges anderes, was nicht druckfähig wäre). Der Islam sei keine Religion, sondern eine perfide Sekte, hieß es an einer anderen Stelle. Wer Moslem sei, könne kein Europäer sein.

Mir geht es nicht um die doch sehr absurden Inhalte der Zuschriften, sondern darum, dass anscheinend viele davon überzeugt sind, dass alle türkischstämmigen Menschen muslimisch sind, ich damit auch. Und diese Religionszugehörigkeit, so glaube ich, scheint den einen Migranten vom anderen zu „unterscheiden“. Das finde ich unfassbar irre. Fast so irre, wie wenn ich jedem Deutschen unterstellen würde,

Christ zu sein. Und in Kennenlerngesprächen fragen würde: „Und, bist du evangelisch oder katholisch?“ oder: „Und, in welcher Kirche bist du Mitglied?“

Es ist einigen Menschen in Deutschland immer noch nicht möglich, sich von gedanklichen Automatismen zu befreien. Eigentlich sollte es überhaupt keine Rolle spielen, wer woran glaubt. Stattdessen: Türke gleich Moslem. Und die Überleitungen: Der schaut sich bestimmt nur türkisches Staatsfernsehen an. Vergöttert bestimmt den Erdogan. Der lässt seine Frau bestimmt nicht aus dem Haus.

Was muss dieser türkischstämmige Mensch tun, um nicht mehr der Kategorie „Migrant“ zugeordnet zu werden? Um in der deutschen Gesellschaft Fuß fassen zu können, befreit von Vorurteilen, ein für alle Mal. Manchmal verfolgt mich das Gefühl, dass in Deutschland gewisse Kulturen, wie die italienische oder französische, willkommen sind, ausgelebt werden können und sollen. Menschen aus türkischen oder arabischen Communitys dagegen müssen ihre kulturelle (und religiöse) Identität möglichst unterdrücken, gar aufgeben, um überhaupt als integrationswillig und -fähig anerkannt zu werden. Vielleicht verheimlicht der ein oder andere am Arbeitsplatz oder unter Freunden gar islamischen Glaubens zu sein, aus Angst, mit anderen Augen gesehen zu werden.

Wen wundert es, dass genau sie es sind, die Diskriminierung beklagen?

## Berliner Zeitung

### PFLICHTBLATT DER BÖRSE BERLIN

Herausgeber: Dr. Michael Maier

Redakteur: Tobias Miller

Textchef: Bettina Cosack

Reporter: Bettina Cosack, Tobias Miller

Dossier: Anja Reich

Ressorts

Politik &amp; Gesellschaft: Christine Dankbar

Welt &amp; Nationen: Dr. Michael Maier

Wirtschaft &amp; Verantwortung: Katharina Breinne

Kultur: Harry Nutz

Lernen &amp; Arbeiten: Eva Corino

Gesundheit &amp; Leben: Rudi Schneberger

Sport &amp; Leidenschaft: Christian Katherer (Kom.)

Chef Fotoreaktion: Paulus Ponizak

Die für das jeweilige Ressort an erster Stelle genannten sind verantwortliche Redakteure im Sinne des Berliner Pressegesetzes.

Chef Print: Ingo Preißler

Art Direktor: Heike Fischer

Chefin Open Source: Wiebke Hollersen (Kom.)

Leserbriefe: +49 30 23 27-457

Telefon: +49 30 63 33-457

Fax: +49 30 23 27-55 33

Anzeigen: BVZ Anzeigenagentur GmbH, Geschäftsführung:

Dr. Mirko Schiebelbein, Edzard Masse

Postfach 11 05 06, 10935 Berlin

Internet: www.bvz-anzeigenagentur.de

Anzeigenannahme: +49 30 23 27-50; Fax: +49 30 23 27-66 97

E-Mail: kundenservice@berliner-verlag.com

Traueranzeigen: E-Mail: traueranzeigen@berliner-verlag.com

Es gilt Anzeigenpreisliste gültig seit 1.1.2021.

Druck: BV Berliner Zeitungsdruck GmbH

Geschäftsführung: Steffen Helmrich, Christoph Stiller

Alte Jakobstr. 105, 10969 Berlin

Verlag: Berliner Verlag GmbH

Geschäftsführung: Dr. Mirko Schiebelbein, Christoph Stiller

Postadresse 11509 Berlin, Besucher Alte Jakobstr. 105, 10969 Berlin

Telefon: +49 30 23 27-9; Fax: +49 30 23 27-55 33

Anzeigen: BVZ Anzeigenagentur GmbH, Geschäftsführung:

Dr. Mirko Schiebelbein, Edzard Masse

Postfach 11 05 06, 10935 Berlin,

Internet: www.bvz-anzeigenagentur.de

Anzeigenannahme: +49 30 23 27 77; F-Mail: leseseiten@berliner-verlag.com

Die Print-Ausgabe und das E-Paper der Berliner Zeitung erscheint werktäglich

Mo-Fr sowie als Wochenendausgabe samstags im Berliner Verlag.

Mit dem Digital-Abo der Berliner Zeitung erhalten Sie

jederzeit Zugang zu allen Artikeln auf berliner-zeitung.de.

Alle Angebote und die dazugehörigen Preise finden Sie auf unserer

Internetseite abshop.berliner-zeitung.de.

Im Falle höherer Gewalt und bei Arbeitskosten (Streik/Ausprägung) besteht

kein Belieferungs- und Entschädigungsanspruch.

Erfüllung und Gerichtsstand Berlin-Kreuzberg.